

14/1996 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Jetzt wird gehandelt

Noch in einer Sitzung des Bundeskabinetts im Mai sollen die beiden Regierungskommissionen zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme und zur Vorbereitung der Steuerreform eingesetzt werden und ihre Arbeit danach unverzüglich aufnehmen.

Auf einer Pressekonferenz unmittelbar nach der Sitzung des Parteipräsidiums am 6. Mai im Konrad-Adenauer-Haus drückte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Erwartung aus, daß die Kommissionen bereits gegen Ende dieses Jahres ihre Vorlagen erarbeitet haben werden, das Jahr 1997 für die Gesetzgebung genutzt werden kann und bis Ende 1997 die Reformen verabschiedet sind.

## Den Sachverstand aller nutzen

Um das breite Spektrum des Sachverstands für die Aufgaben der Kommissionen zu nutzen, die jeweils unter dem Vorsitz von Norbert Blüm und

*Fortsetzung auf Seite 2*

## DOKUMENTATION

Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Argumentations-Muster zu den wichtigsten Programmpunkten. Grüner Teil

### HEUTE AKTUELL

#### ● Informations-Kampagne

Generalsekretär Peter Hintze: Wir wollen mit unserer Kampagne den Mut zur Veränderung stärken. Seite 3

#### ● Mehr Wachstum und Beschäftigung

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die beschlossenen Maßnahmen zügig umsetzen. Seite 4

Wolfgang Schäuble: Dreh- und Angelpunkt unserer Bemühungen sind mehr Arbeitsplätze. Seite 5

#### ● Ausbildungsplätze

Aktionspaket zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern. Seite 10

#### ● Aus dem Bundestag

Claudia Nolte: Gleiche Chancen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt. Frauenpolitische Debatte. Seite 12

#### ● Information

Jürgen Rüttgers: "Schulen ans Netz". Seite 22

#### ● Frauen-Union

Blick in die Arbeitswelt der Zukunft. Fachtagung in Bonn. Seite 24



Generalsekretär Peter Hintze stellt das neue Großflächen-Plakat mit der Aufschrift „Mut zur Veränderung sichert Zukunft“ am 2. Mai im Bonner Konrad-Adenauer-Haus der Presse vor. Mit Wandzeitungen, Flugblättern, Argumentations-Karten und Computer-Disketten hat die CDU ihre Informationskampagne „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ gestartet.

Foto: dpa

## Breite Meinungsbildung

Fortsetzung von Seite 1

Theo Waigel tagen sollen, strebt der Bundeskanzler eine personelle Besetzung an, durch die unterschiedliche Meinungen zu den Reform-Themen – „auch in der eigenen Partei“ – möglichst vollständig repräsentiert werden.

Zum Thema Fortentwicklung der sozialen Sicherungssysteme wird voraussichtlich im September, auf jeden Fall aber noch vor dem Bundesparteitag im Oktober ein zweitägiger Kongreß stattfinden.

**Für die Diskussion gilt:** Es wird selbstverständlich keine Einschränkungen oder gar Denkverbote geben, wie gelegentlich behauptet wird. Die nächsten Monate bieten jedem ausreichend Gelegenheit, seine Meinung vorzutragen und Vorschläge zu machen, auf die man sich verständigen kann.

## Die Rente ist sicher

**Es gilt aber auch,** worauf der Bundeskanzler großen Wert legt: Die zum Teil völlig unnötige Diskussion dieser Tage darf für die Rentnerinnen und Rentner kein Anlaß zur Beunruhigung über die Sicherheit ihrer Rente sein.

Generalsekretär Peter Hintze:

# Wir wollen mit unserer Kampagne den Mut zur Veränderung stärken

Am 2. Mai hat die CDU eine Kampagne gestartet, die über das am 25. April von den Koalitionsfraktionen beschlossene Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung informieren soll.

Mit dieser Kampagne, so Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus, verfolgen wir zwei Ziele:

- Zum einen wollen wir Informationslücken schließen, was Inhalt und Zielsetzung des Programms betrifft. Die zahlreichen Einzelheiten und Komponenten, aus denen es sich zusammensetzt, wecken in der Bevölkerung – wie könnte es anders sein? – einen großen Informationsbedarf.
  - Zum anderen wollen wir der Verzerrungsstrategie von Gewerkschaften und SPD begegnen. Wer z.B. im Zusammenhang mit dem Programm von „Sozialraub“ spricht, wie man es auf Kundgebungen am 1. Mai hören konnte, verfälscht die Sachverhalte und führt die Bevölkerung bewußt in die Irre.
- Auf einer Großfläche stellte der Generalsekretär das Kampagnen-Motto vor: „Mut

zur Veränderung sichert Zukunft“, womit gleichzeitig gemeint ist: Wer in alten Strukturen verharrt, der verpaßt die Zukunft.

- Mit demselben Motto sollen 10.000 Wandzeitungen (siehe: Rückseite dieser Ausgabe) in den Schaukästen aller CDU-Stadt- und -Ortsverbände erscheinen.
- Eine ausführliche Dokumentation (siehe: UiD 13/1996) stellt den Programmtext vor und erläutert die einzelnen Programmpunkte.
- Zusätzlich gibt es ein **Argumentations-Karten-Set** und eine Reihe von **Flugblättern**, die die Bundesgeschäftsstelle den Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden zur Verfügung stellt.
- Auf einer **Diskette** ist schließlich noch einmal der Programmtext mit Erläuterungen gespeichert, dessen einzelne Punkte sich mühelos und schnell per Mausclick abrufen lassen.

**Peter Hintze:** Wir wollen mit unserer Informationskampagne den Mut zur Veränderung stärken und unseren Beitrag dazu leisten, die Zukunft zu sichern.

## BESTELLEN SIE!

Die Flugblätter, das Argumentations-Karten-Set und die Diskette finden Sie auf Seite 27 abgebildet. – Sie können diese Materialien wie auch die Dokumentation mit dem „Programm für mehr Wachstum und

Beschäftigung“ (Text und Erläuterungen) aus UiD 13/1996, solange der Vorrat reicht, in der CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellen:

Fax-Nummer: (02 28) 5 44-372

# Helmut Kohl: Die beschlossenen Maßnahmen zügig umsetzen

**Der Bundeskanzler und Parteivorsitzende Helmut Kohl erklärte zu den Diskussionen über das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“:**

Das Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, bestimmt den Kurs von Bundesregierung und Koalition. Angesichts von über 4 Millionen Arbeitslosen und einer sich dramatisch verändernden Weltwirtschaft müssen die notwendigen Entscheidungen zur Stärkung des Standorts Deutschland jetzt getroffen werden. Zur Sicherung der Zukunft gehört es auch, künftigen Generationen soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft setzt eine leistungsfähige Wirtschaft voraus. Weder Kapitalismus noch Sozialismus sind in der Lage, beidem gleichzeitig gerecht zu werden. Das kann nur die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist das Fundament unserer Politik.

Ein Blick über die Grenzen unseres Landes zeigt: In wichtigen europäischen Industrieländern – beispielsweise in Schweden, den Niederlanden oder Frankreich – werden vergleichbare Wege gegangen wie bei uns.

Jetzt kommt es darauf an, die beschlossenen Maßnahmen zügig umzusetzen. Von Arbeitgebern und Gewerkschaften, den Tarifpartnern, erwarte ich, daß sie nicht beiseite stehen, sondern ihren eigenen Beitrag dazu leisten, die entscheidende Wende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen.

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland hat längst erkannt, daß nicht alles bleiben kann wie es ist. Sie akzeptiert notwendige Veränderungen. Überall

spüren die Menschen deutlich, daß wir neue Wege gehen müssen, um mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit für die Zukunft unseres Landes zu gewinnen.

Wir sparen nicht um des Sparens willen. Es geht allein darum, den wirtschaftlichen Aufschwung voranzubringen und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, daß Arbeit sich lohnt. Die größte soziale Ungerechtigkeit ist, wenn arbeitswillige Menschen keinen Arbeitsplatz finden. Im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft müssen Arbeitskosten verringert, Einstellungshemmnisse abgebaut und unser Steuerrecht wachstumsfreundlicher werden.

## Wir haben schnell gehandelt

Die jetzt getroffenen Entscheidungen für Wachstum und Beschäftigung sind Teil unseres Konzepts und damit unserer Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und der sozialen Stabilität unseres Landes. Die wesentlichen Ziele waren Grundlage des Gesprächs, das wir bereits im Januar mit Wirtschaft und Gewerkschaften über das „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ geführt haben. Die Bundesregierung hat mit ihrem „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ schnell in ihrem Verantwortungsbereich gehandelt und konkrete Maßnahmen beschlossen.

Wer jetzt nichts anderes im Sinn hat als die Verteidigung seiner Besitzstände, verspielt die Zukunft unseres Landes. Die Bundesregierung wird sich in ihrem Kurs nicht beirren lassen.

Ich sehe es als meine Pflicht als Bundeskanzler an, die jetzt notwendigen Veränderungen durchzusetzen.

Wolfgang Schäuble:

## Dreh- und Angelpunkt unserer Bemühungen: mehr Arbeitsplätze

**Die Opposition schreit Zeter und mordio, die Gewerkschaften rufen zur Verteidigung sozialer Besitzstände auf, nichts erhitzt die Gemüter so sehr wie das „Sparpaket“. Aber Sparen ist gar nicht das eigentliche Thema. Der wirkliche Sinn dieses Unternehmens ist vielmehr, mehr Wachstum und damit neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.**

Dreh- und Angelpunkt aller Bemühungen sind mehr Arbeitsplätze. Es gibt Potentiale für mehr Beschäftigung, sie müssen wir nutzen. Wir wollen mehr Wagniskapital für Existenzgründer mobilisieren. Damit schaffen wir keine Reichtümer für einzelne, sondern Arbeitsplätze für viele. Wir erleichtern für Klein- und Mittelbetriebe die Einstellung von Arbeitnehmern durch mehr Flexibilität bei befristeten Arbeitsverhältnissen und beim Kündigungsschutz. Wir ermöglichen die Schaffung von vielen zusätzlichen Arbeitsplätzen in Privathaushalten.

Wir müssen die Steuern senken, um den gelähmten Wachstumskräften wieder Auftrieb zu geben. Wir werden einen neuen Versuch unternehmen, die Unternehmenssteuerreform durchzusetzen. Wir werden die betriebliche Vermögensteuer abschaffen und die private mit der Erbschaftssteuer zusammenfassen. Auch eine grundlegende Reform der Lohn- und Einkommenssteuern mit niedrigeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen steht noch in dieser Legislaturperiode auf der Tagesordnung.

Die Steuern und Abgaben können allerdings nur gesenkt werden, wenn die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen wieder zurückgehen.

Heute fließt jede zweite Mark durch öffentliche Kassen. Das engt den Spielraum für private Initiative unerträglich ein. Deshalb ist es notwendig, die Ausgaben in den öffentlichen Haushalten auch dort zu begrenzen, wo das meiste Geld ausgegeben wird, bei den Leistungsgesetzen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, die großen Risiken für den einzelnen sozial abzusichern, und bei den kleineren auf mehr Selbstverantwortung setzen. Beispiel Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: Die Kosten liegen bei über 60 Milliarden DM im Jahr. Als die Regelung von den Gewerkschaften erkämpft wurde, waren Löhne und Lebensstandard viel niedriger, der Urlaubsanspruch deutlich geringer als heute. Ist es wirklich zu viel verlangt, daß man während Krankheit auf 20 % des Lohnes verzichtet – mit der Möglichkeit dieses Risiko auf eigene Kosten zu versichern.

Aber es gibt weder einen Kahlschlag noch eine Schiefelage. Deshalb bleibt es beim Inkrafttreten der 2. Stufe der Pflegeversicherung. Das gleiche gilt auch für die Anpassung der Renten im nächsten Jahr. Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Kindergeld sollen im nächsten Jahr nicht erhöht werden. Das fällt nicht leicht, ist aber bei annähernder Preisstabilität zumutbar.

Muten wir uns zuviel zu? Ich glaube nicht. Die Bürger in unserem Land sind bereit, sich einzuschränken. Und es ist sicher nicht zuviel verlangt, auf den einen oder anderen Prozentpunkt Wohlstandsgewinn zu verzichten, um unseren Kindern und Enkeln bessere Voraussetzungen für die Zukunft zu schaffen. ■

# Europaweit: Sparmaßnahmen im Sozialbereich

In sämtlichen wichtigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gab es in den zurückliegenden Jahren zum Teil erhebliche Sparmaßnahmen im Sozialbereich. Vor allem Schweden, Frankreich, Italien, Großbritannien und die Niederlande haben einschneidende Maßnahmen bis hin zu Systemumstellungen vorgenommen.

## Rente

Schweden hat die frühere „Volksrente“, die aus Arbeitgeberbeiträgen und Steuern finanziert wurde, auf ein beitragsbezogenes System umgestellt. In Frankreich orientiert sich die Rente nicht mehr am Durchschnitt der 10 besten Einkommensjahre; künftig werden die 25 besten Einkommensjahre zugrunde gelegt, was die Rentenhöhe in der Regel absinken läßt. In Großbritannien wurden die Voraussetzungen für die Invaliditätsrente verschärft und das Renteneintrittsalter für Frauen auf künftig 65 Jahre angehoben. Auch Österreich hat diese Anhebung vorgesehen.

## Krankenversicherung

In Schweden wurde das Krankengeld gekürzt, der Arbeitnehmer-Versicherungsbeitrag angehoben, die Zuzahlungen bei Arzneimitteln auf 380 DM/Jahr heraufgesetzt. Bei Zahnarztbehandlungen müssen die ersten 150 DM selbst getragen werden. Frankreich hat den Eigenanteil bei Krankenhausaufenthalten von 15 DM auf 20 DM täglich angehoben. Großbritannien hat die Kosten von Krankenhäusern und

Praxen stark budgetiert und die Zahl der Krankenhausbetten reduziert. Die Niederlande planen die Einführung von Höchstpreisen für Arzneimittel, Fachärzte können keine Einzelabrechnungen mehr liquidieren, sondern werden durch ein pauschalisierendes Honorarsystem vergütet. Spanien hat eine Verbotsliste für teure Medikamente eingeführt.

## Arbeitslosenversicherung

In Schweden wurde das Arbeitslosengeld – unterhalb einer Höchstgrenze – von 80 auf 75 Prozent des Einkommens begrenzt. Für Jugendliche unter 20 Jahren fällt das Arbeitslosengeld ganz weg. Wer selbst kündigt, erhält eine Sperrzeit von 40 Tagen (bisher: 20 Tage). Schwarzarbeiter im Leistungsbezug erhalten eine Sperrzeit von 130 Tagen. In Großbritannien wurde die Bezugszeit von Arbeitslosengeld auf höchstens 6 Monate begrenzt; danach stehen ausschließlich bedürftigkeitsabhängige Fürsorgeleistungen zur Verfügung.

## Asylbewerberzahlen im April

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im April 1996 **9.458 Personen** (Vormonat: 9.121 Personen) Asyl beantragt. Damit liegt die Zahl der Asylbewerber im April in etwa auf dem gleichen Niveau wie im Vormonat und wie schon in den beiden vorangegangenen Monaten - erneut deutlich unter 10.000.

# Lohnfortzahlung und Krankenstand

– Erfahrungen in Schweden –

**Zwischen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem Krankenstand besteht nach einer Untersuchung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ein eindeutiger Zusammenhang.**

Da in Schweden die Lohnfortzahlung zwischen 1987 und 1996 mehrfach neu geregelt wurde, lassen sich dort auch die Auswirkungen unterschiedlicher Regelungen beobachten. Die Entgeltfortzahlung ist dort in mehreren Schritten von 100 Prozent des Gehaltes auf 75 Prozent nach einem Karenztag zurückgeführt worden. Dabei konnte festgestellt werden, daß der **Krankenstand der Arbeitnehmer um mehr als die Hälfte zurückging.**

Die Beobachtungen im einzelnen:

- Bis 1987 wurden im Krankheitsfall nach einem Karenztag 90 Prozent des Gehaltes durch die Krankenkassen ersetzt. Der Krankenstand lag 1987 bei 7,7 Prozent.
- Zum 1. 12. 1987 wurde der Karenztag abgeschafft. Gleichzeitig wurden tarifvertraglich für die ersten 14 Tage der Krankheit die Bezüge von 90 Prozent auf 100

Prozent aufgestockt. Vom 15. bis zum 90. Krankheitstag betrug das Krankengeld noch 95 Prozent. Im Jahr 1988 stieg der Krankenstand auf 9,7 Prozent an.

- Zum 1. 3. 1991 wurde die Entgeltfortzahlung während der ersten drei Krankheitstage auf 75 Prozent abgesenkt; vom 3. bis zum 14. Krankheitstag wurden 90 Prozent und vom 15. bis 90. Krankheitstag wurden 80 Prozent der regulären Bezüge gezahlt. Im Jahr 1991 sank der Krankenstand auf 7,3 Prozent.
- Zum 1. 1. 1992 wurde die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – bei gleichbleibender Regelung – für die ersten 14 Krankheitstage auf die Arbeitgeber übertragen. In diesem Jahr sank der Krankenstand auf 6,4 Prozent.
- Zum 1. 4. 1993 wurde zusätzlich ein Karenztag eingeführt. Der Krankenstand ging kontinuierlich zurück: 1993 auf 5,4 Prozent und 1994 auf 4,7 Prozent.
- Seit Beginn dieses Jahres ist die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall nach einem Karenztag auf durchgehend 75 Prozent festgelegt.

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

**D**ie D-Mark geht, der EURO kommt . . . – Weil diese Nachricht immer noch Besorgnis auszulösen scheint, lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in das Bildungszentrum Schloß Eichholz zur Veranstaltung Nr. 120 ein:

Mit dem „EURO“ sicher in die Zukunft? - Chancen und Risiken der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Eichholzer Forum, 9. bis 11. Juni 1996. Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. • Bildungszentrum Schloß Eichholz  
Postfach 1331. • D-50387 Wesseling. • Telefax (02236) 7 07-4 13**

## Arbeitsmarktzahlen im April 1996

Im April 1996 sank die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wieder unter die Vier-Millionen-Grenze. Es waren insgesamt 3,96 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Das waren 362.300 mehr als im April 1995, aber 174.300 weniger als im März 1996.

### Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern

Ende April 1996 waren 2,77 Millionen Menschen (Quote 9,0 Prozent) arbeitslos. Im Vergleich zum März 1996 verringerte sich die Arbeitslosenzahl um 99.400. Der Arbeitsmarkt wurde durch 690.000 Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik entlastet. Das sind knapp 90.000 mehr als im April 1995.

Drei Viertel des Anstiegs der Arbeitslosenmeldungen entfallen auf die Bauindustrie einschließlich der verwandten Bereiche (Steine/Erden, Stahl-/Leichtmetall/-Holz). Im Dienstleistungssektor gab es

mehr Stellenmeldungen als vor einem Jahr.

### Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern

Ende April 1996 waren 1,2 Millionen Menschen (Quote 16 Prozent) in den neuen Bundesländern arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum März 1996 um 45.000 verringert. Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch Vorruhestand, Kurzarbeit, Weiterbildungsmaßnahmen war geringer als im Vorjahr. Es gab insgesamt 250.000 Maßnahmen weniger als im April 1995. Immerhin waren noch 800.000 Menschen durch aktive Arbeitsmarktmaßnahmen beschäftigt.

### Hohe Fluktuation – mehr Stellenvermittlungen

Die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland war hoch. So waren die Stellenmeldungen und -vermittlungen sehr lebhaft. Es gab im Vergleich zu April 1995 über 20 Prozent mehr Stellenangebote, die Zahl der vermittelten Arbeitslosen lag um 30,2 Prozent höher.

## Führungs-Team in Bremen bestätigt

**Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bernd Neumann, bleibt Vorsitzender der Bremer CDU.**

Bei einem Landesparteitag votierten 198 von 220 Delegierten (damit 90 Prozent) für den 54jährigen, der seit 1979 an der Spitze des CDU-Landesverbandes steht. Vor zwei Jahren hatten 210 von 221 Delegierten für ihn gestimmt.

Bei der Wahl der Stellvertreter erzielte Bürgermeister Ulrich Nölle das beste

Ergebnis. Neben dem 55jährigen, unter dessen Führung der CDU im vergangenen Jahr nach vier Jahrzehnten wieder der Einzug in den Bremer Senat gelang, wurden die Bürgerschafts-abgeordnete Elisabeth Motschmann und der Bundestagsabgeordnete Michael Teiser in der Parteiführung bestätigt. Landesschatzmeister bleibt der CDU-Haushalts- und Wirtschaftsexperte Dr. Wolfgang Schröers. Neu in den CDU-Landesvorstand wurde als Beisitzer der Senator für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten, Hartmut Perschau, gewählt.



## Die SPD ist nicht in der Lage, den Standort zu sichern

**Das von der Koalition der Mitte beschlossene ausbewogene Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung bleibt ohne Alternative. Wir schaffen die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze, konsolidieren die Staatsfinanzen und halten die Kosten für den Sozialstaat auf einem vertretbaren Niveau.**

Das von der SPD mit heißer Nadel gestrickte Gegenkonzept zeigt nur, daß die SPD nicht in der Lage ist, den Standort Deutschland zu sichern. Das SPD-Konzept ist verstaubt, besteht aus einem Sammelurium alter Hüte und kann sich von klassenkämpferischer Ideologie nicht freimachen:

- Eine Vermögensabgabe bedeutet nur Verteuerung des Kapitals mit nachteiligen Folgen für Investitionen und Arbeitsplätze. Es ist eine direkte Einladung zur Kapitalflucht von Milliardenbeträgen aus Deutschland hinaus ins Ausland.
- Eine Verteuerung von Kraftstoff um 15 Pfennig je Liter und für Heizstoff um 6 Pfennig je Liter ist unsozial und trifft nur

den kleinen Mann. Weder würde dadurch weniger gefahren, noch hätte die Umwelt davon etwas.

- Die sofortige und völlige Streichung des Solidaritätszuschlages ist eine unmittelbare Forderung nach Erhöhung der Nettokreditaufnahme. Damit macht es sich die SPD auf Kosten anderer zu leicht; es ist unverantwortlich.

### Von Bundesminister Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes

Das SPD-Konzept ist ein Programm zum weiteren Arbeitsplatzabbau. Steuererhöhungen und mehr Schulden fügen dem Standort Deutschland schweren Schaden zu. Sie sind Gift für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Deutschland. Der SPD fehlt es auch nach über 14 Jahren Opposition weiterhin an politischer Kraft und an überzeugenden Antworten auf neue Herausforderungen.

### Josef Kraus wieder Präsident des Deutschen Lehrerverbandes

Ohne Gegenstimme, bei nur einer Enthaltung, wurde Josef Kraus als Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) vom Bundeshauptausschuß seines Verbandes für weitere drei Jahre wiedergewählt. Kraus (46) führte seinen Verband seit 1987. Er ist Oberstudiendirektor an einem bayerischen Gymnasium. Der Deutsche Lehrerver-

band ist die Dachorganisation des Deutschen Philologenverbandes, des Verbandes Deutscher Realschullehrer, des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen, des Bundesverbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen und des Sächsischen Lehrerverbandes.

# Aktionspaket für die neuen Länder

**Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften sind sich einig, daß in den neuen Ländern erneut Maßnahmen erforderlich sind, um in den Jahren 1996 und 1997 ein bisher noch zu geringes betriebliches Angebot an Ausbildungsplätzen auszugleichen. Ab 1998 wird die Wirtschaft aus eigener Kraft ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage sicherstellen.**

Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften werden 1996 und 1997 in einer konzertierten Aktion ihre Bemühungen für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot in den neuen Ländern verstärken:

- Die Wirtschaft wird in den nächsten Jahren ihr betriebliches Angebot um jeweils 10 Prozent in den neuen Ländern erhöhen (1996: 113.000; 1997: 124.000, 1998: 136.000).
- Die Länder setzen ihre Betriebsförderprogramme fort.
- Der Bund wird sein Ausbildungsplatzangebot auch in den neuen Ländern ausweiten. Er hat sichergestellt, daß das Ausbildungsangebot in seinem Zuständigkeitsbereich 1996 um fünf Prozent erhöht wird.
- Länder und Kommunen sind aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen.
- Die Post wird ihr Angebot um rund 750 Plätzen erhöhen, die Bahn AG wird 2.000 Plätze über ihren Eigenbedarf hinaus anbieten.
- BMF hat sichergestellt, daß in bundes-eigenen Unternehmen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sondervermögen (BVS) 1996 70 Lehrstellen über den betriebsbedingten Eigenbedarf der Unternehmen angeboten werden können.
- BMWi wird für Klein- und Mittelbetriebe (bis 500 Beschäftigte) ein ERP-Investitionsprogramm zur Schaffung zusätz-

licher Lehrstellen („ERP-Ausbildungsplätze-Programm“) auflegen. Betriebe, die gemessen am Durchschnitt der Ausbildungsleistungen der letzten drei Jahre zusätzliche Lehrstellen schaffen, können nach diesem Programm, das voraussichtlich im Juni 1996 in Kraft treten wird, ein zinsgünstiges Darlehen von 30.000 DM, bei gesondertem Nachweis bis zu 100.000 DM pro Platz, zur Finanzierung ihrer Investitionskosten erhalten.

- Um umzugsbedingte Einschränkungen des Angebots an Ausbildungsplätzen in Berliner Behörden, deren Umzug feststeht, zu verhindern, wird eine Austausch-Börse beim Bundesverwaltungsamt mit dem Ziel eingerichtet, daß begonnene Ausbildungen durch Einrichtungen, die nach Berlin ziehen, fortgeführt werden.

## Jürgen Rüttgers:

### Flexibilisierung

*Die Bundesregierung hat am 28. Februar 1996 die erforderlichen Schritte zur Überwindung von Ausbildungshemmnissen mit dem Ziel eingeleitet, die Ausbildungszeiten der Lehrlinge im Betrieb wieder zu erhöhen und den Einstieg von Betrieben in die Ausbildung zu erleichtern. Durch eine flexiblere Organisation des Berufsschulunterrichts sollen Lehrlinge während eines größeren Teils ihrer Ausbildung an vier vollen Tagen im Betrieb sein; erwachsene Lehrlinge sollen bei der Freistellung an Berufsschultagen nicht wie Jugendliche behandelt werden (Novellierung Jugendarbeitsschutzgesetz).*

● Für 1996 werden in den neuen Ländern Ausbildungen nach § 40 c Abs. 2 AFG (Benachteiligtenförderung) in der Größenordnung von rund 10.000 Plätzen angeboten.

Bund und Sozialparteien teilen die Auffassung, daß trotz dieser Maßnahmen 1996 mit einer Angebotslücke von 12.000 Ausbildungsplätzen und 1997 von 6.000 Plätzen zu rechnen ist.

Zur Schließung der Angebotslücke in 1996 und 1997 ist unter Beteiligung der Sozialparteien ein Maßnahmen-Mix erarbeitet worden. Eine Gemeinschaftsinitiative alter Art soll es nicht mehr geben, statt dessen eine Kombination aus betriebsnaher Ausbildungsförderung und im begrenzten Umfang schulischer Vollausbildung.

## Gründe:

- Probleme bei der arbeitsmarktgerechten Auswahl von Ausbildungsberufen;
- betriebsferne Ausbildung, die durch mehrwöchige Betriebspraktika kaum überwunden werden kann;
- fehlender Impuls zur Ausweitung und Stabilisierung betrieblicher Ausbildung;
- keine politische Akzeptanz, auch bei der Mehrheit der neuen Länder, die eine betriebsnähere Ausgestaltung der Ausbildungsförderung wünschen; das Kontin-

gent der GI-Ost 1995 von 14.500 Plätzen wurde nur zum Teil ausgeschöpft: rund 1.560 Plätze blieben ungenutzt.

## Auf dieser Grundlage wird der Bund den Ländern folgendes Angebot unterbreiten:

● Einsatz von zusätzlichen Ausbildungsplatzentwicklern und öffentlich finanzierten Ausbildern für Betriebe oder Betriebsverbündete durch den Bund.

● Darüber hinaus finanzielle Beteiligung des Bundes an der Förderung zusätzlicher Plätze.

● Pro zusätzlicher Lehrstelle sind Durchschnittskosten von 26.500 DM vorgesehen.

● Der Bund beteiligt sich zu 50 Prozent an diesen Kosten (13.250 DM pro Förderfall). Insgesamt wird der Bund 172 Mio. DM hierfür zur Verfügung stellen.

● Die Fördermaßnahmen werden von den Ländern durchgeführt und können von ihnen inhaltlich und regional frei ausgestaltet werden.

● Die Maßnahmen werden bis auf die schulischen Plätze erst nach Ausschöpfung der betrieblichen Ausbildungsressourcen, d. h. nachrangig, im September eingesetzt. ■

## Ausbildungsplatzbilanz 1995

Im Jahre 1995 wurden in Deutschland knapp 573.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. In den alten Ländern konnte damit der seit zehn Jahren anhaltende Abwärtstrend erstmals gestoppt werden. In den neuen Ländern wurde ein Zuwachs der betrieblichen Ausbildungsverträge von 11 Prozent erreicht. Die

noch vorhandene Angebotslücke wurde mit Hilfe eines Sonderprogramms des Bundes und der neuen Länder zur Bereitstellung von bis zu 14.500 außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen geschlossen. Damit ist es auch 1995 gelungen, allen Jugendlichen, die dies wünschten, ein Ausbildungsangebot zu machen.

Bundesfrauenministerin Claudia Nolte:

## Gleiche Chancen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt

**Ich freue mich, daß wir erneut über Frauenpolitik diskutieren, bietet es doch die Möglichkeit, aufbauend auf bisher Erreichtes, darüber zu sprechen, wo unsere nächsten Schwerpunkte liegen. Nicht erst seit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking machen wir in Deutschland eine aktive Frauenpolitik, aber sie hat uns wertvolle Impulse gegeben. Jetzt geht es darum, die Aktionsplattform, die wir in Peking miterarbeitet und mitbeschlossen haben, auch umzusetzen.**

Mit der Deklaration von Peking und der Aktionsplattform liegt erstmals ein in sich geschlossenes Konzept der Gleichberechtigung vor, auf das sich die Frauen weltweit berufen können.

Wer Demokratie und wer die Soziale Marktwirtschaft langfristig sichern und stärken will, der muß dafür sorgen, daß Frauen ihren gleichberechtigten Platz in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft erhalten.

In der Deklaration der 4. Weltfrauenkonferenz wird betont, daß zur Umsetzung der Aktionsplattform nicht alleine die Regierungen, sondern in Zusammenarbeit mit ihnen alle gesellschaftlichen Kräfte aufgerufen sind. Daher haben wir vor vier Wochen in Bonn eine Nachbereitungskonferenz durchgeführt, zu der ich neben Vertreterinnen aus zahlreichen Frauen- und anderen Nichtregierungsorganisationen Verantwortliche aus allen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft eingeladen habe.

Diese Nationale Nachbereitungskonferenz war ein wichtiger Baustein des Umset-

zungsprozesses der Aktionsplattform in Deutschland. Mein Ziel ist es, daß wir bis Ende diesen Jahres die Aufstellung der nationalen Strategien beendet haben.

Wir stehen in Deutschland vor großen Herausforderungen. Die Zahl von über vier Millionen Arbeitslosen zeigt dies wohl am deutlichsten. In ganz Deutschland wollen Frauen heute in aller Regel erwerbstätig sein. Sie wollen Familie und

### Aus der frauenpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 18. April

Erwerbsarbeit miteinander verbinden. Sie bekommen allerdings den Druck des angespannten Arbeitsmarktes am stärksten zu spüren.

Deshalb waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Nachbereitungskonferenz darüber einig, daß dem Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen eine große Bedeutung zukommt. Die Anforderungen an eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit müssen sich auch auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung übertragen lassen.

Daher ist es mir wichtig, daß auch z. B. bei der Kinderbetreuung bessere Rahmenbedingungen erfüllt werden. Ebenso brauchen wir verbesserte Bedingungen für Berufsrückkehrerinnen nach einer Familienphase.

Frauen sind heute ebenso qualifiziert wie Männer. Aber wir wissen, daß gleiche Qualifikation noch nicht zwangsläufig zu gleichen Karriereverläufen führt.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß vor allem die Tarifparteien ihre Verantwortung für Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen und dazu gehört vorrangig die Sicherstellung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Familienarbeit ist wertvolle Arbeit und deshalb in der Arbeitswelt zu respektieren. Sie ist auch nicht ausschließlich Frauen zuzurechnen. Damit Frauen Familie und Erwerbsarbeit unter einen Hut bringen können, müssen Männer mitziehen und selbstverständlich Erziehungs- und Hausarbeit übernehmen. Flexible Arbeitszeiten haben hier eine besondere Bedeutung.

Dazu gibt es viele familienfreundliche Modelle, die trotz großer Nachfrage nach Teilzeit, noch viel zu wenig genutzt werden. Positive Beispiele lassen sich durchaus übernehmen, anpassen. Sie müssen nur breitere Resonanz und Bekanntheit erfahren: Deshalb führt mein Ministerium in diesem Jahr zum zweiten Mal den Bundeswettbewerb „Der familienfreundliche Betrieb“ durch.

Wir bieten Klein- und mittelständischen Unternehmen weiter an, betriebsinterne Lösungen für Mobilzeit zu entwickeln, indem wir über die Kammern Beratung und Know-how zur Verfügung stellen. Neue Arbeitsplätze entstehen jedoch nicht nur in Betrieben und Unternehmen. Auch in privaten Haushalten steckt ein großes Potential von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Für mich ist wichtig, daß wir dieses Potential für neue, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nutzen.

## ● **Bärbel Sothmann:** **Frauenrechte sind Menschenrechte**

„... .Frauen wissen, was sie wollen“ war das Motto des diesjährigen Internationalen Frauentages. Spätestens seit der 4. Weltfrauenkonferenz wissen Frauen auch, wie sie ihre Ziele erreichen wollen. Die Aktionsplattform von Peking enthält hierzu konkrete Vorgaben. In Peking wurde ganz klar festgestellt: Frauenrechte sind Menschenrechte. Gewalt gegen Frauen ist Menschenrechtsverletzung. Die Zukunft der Menschheit ist abhängig von der Zukunft der Frauen. In der Aktionsplattform haben alle Teilnehmerstaaten erstmalig in der Geschichte diese fundamentalen Wahrheiten anerkannt und sich verpflichtet, die Gleichberechtigung weltweit durchzusetzen. Dieser Verhandlungserfolg ist die Basis, auf der wir aufbauen.

## ● **Anke Eymer:** **Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit verbessern**

Aber auch in Deutschland selbst bleibt noch viel zu tun, um die Ziele der Weltfrauenkonferenz zu verwirklichen. Ein Schwerpunkt ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, Erwerbsarbeit neben der Familienarbeit zu ermöglichen. Hierzu gehört auch die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, denn dies ermöglicht Frauen auch während der Erziehungsphase die Erwerbstätigkeit zu Zeiten, in denen der Partner die Kinder betreuen kann. Hierzu gehört aber auch die Anerkennung des privaten Haushaltes als Arbeitsplatz. Dies schafft nicht nur Arbeitsplätze für Frauen, sondern gerade flexible Modelle können dazu beitragen, die Doppelbelastung von Frauen zu vermindern und Hausarbeit an

die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Ausbau des Dienstleistungssektors.

### ● **Maria Eichhorn:** **Frauenförderung als eigenständiges Recht verankern**

Bei der Reform des Arbeitsförderungs-gesetzes setzen wir uns dafür ein, daß die Frauenförderung als eigenständiges Recht verankert wird. Verbesserungen für Berufsrückkehrerinnen sind sowohl bei den Eingliederungszuschüssen als auch beim Leistungsbezug vorgesehen. Neue Arbeitsplätze sind erforderlich. In Privathaushalten können viele sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse ge-schaffen werden. Voraussetzung dafür sind steuerliche Begünstigungen und admini-strative Erleichterungen. Das Konzept da-zu werden wir in den nächsten Wochen vorlegen. Für neue Wege brauchen wir die verstärkte Unterstützung der Wirtschaft und der Tarifpartner. Immer mehr Frauen streben Teilzeitarbeit an. Dadurch kann vorhandene Arbeit besser verteilt und gleichzeitig die Zahl der Arbeitskräfte er-höhrt werden. Mehr als zwei Drittel der Stellen in der deutschen Wirtschaft sind nach einer Untersuchung „teilzeitfähig“. Es geht um qualifizierte Mobilzeitarbeits-plätze für Männer und Frauen.

### ● **Rita Süsmuth:** **Gerechte Arbeitsverteilung ist notwendig**

Die Frauenfrage gehört zu den großen glo-balen und nationalen Fragen unserer Zeit; die Kultur der Gleichberechtigung und Partnerschaft von Mann und Frau sind ge-nauso Grundlage für den Zusammenhalt

und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesell-schaften wie die Kultur der Gewaltlosig-keit, die Kultur der Solidarität und die Kultur der Toleranz. Die Herausforderun-gen von Gegenwart und Zukunft sind ohne die Frauen nicht zu bewältigen. Deshalb ist alles das, was jahrelang als Frauenfrage behandelt wurde, eine existentielle Zukunftsfrage, die noch immer nicht gelöst ist. Die Gesellschaft ist von der Familie her zu organisieren. Die Familie ist keine Frauenfrage, sondern eine Gesell-schaftsfrage. Denn jeder einzelne organi-siert sich gesellschaftlich von der Familie her.

Der ganzheitliche Ansatz der Frauenfrage bedeutet auch, daß die Frauen überall dort einbezogen werden müssen, wo es um Lö-sungen und Konzepte geht. Das gilt auch für eines der existentiellsten Probleme, das wir derzeit zu lösen haben: die Ar-beitslosigkeit. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze brauchen wir die gerechte Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen. Wo liegen nun die Chancen der Frauen und damit auch der Gesellschaft zur Verbesserung der Si-tuation? Geringfügige Beschäftigungsver-hältnisse müssen wieder Ausnahme wer-den; im Privathaushalt müssen neue Be-schäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Erweiterung des Berufespektrums und Erlangung von „Technikkompetenz“; Weiterbildung insbesondere auch in den zukunftsorientierten Bereichen; Förderung von Existenzgründerinnen; Telearbeits-platzangebote ausbauen, damit Männer wie Frauen besser als bisher ihre Lebens-planungen verwirklichen können.

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
[http://www.  
cdu.de](http://www.cdu.de)

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

# Erster wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit auf unseren Straßen

Die Bundesregierung handelt – rot-grüne Kritiker nörgeln. Auf diese Aussage läßt sich die Kritik von SPD und Grünen am Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes bringen.

Es ist doch wohl nur zu begrüßen, daß sich die Bundesregierung des Problems „Drogen im Straßenverkehr“ annimmt und jetzt in einem ersten Schritt Cannabis, Heroin, Morphin und Kokain aus dem Straßenverkehr verbannet. Dadurch wird erst einmal eine Bresche für mehr Verkehrssicherheit geschlagen. Über die Teilnahme am Straßenverkehr unter Einfluß von bestimmten Medikamenten kann dann entschieden werden, wenn abschließende und praktikable Lösungsansätze für den Bereich der Arzneimittel vorliegen.

Falsch ist es, wenn SPD-Politiker über angeblich fehlende Prüfgeräte lamentieren. Mit dem Drogendetektionsgerät DRUGWIPE und dem Pupillographen gibt es durchaus erste Ansätze. Außerdem wird durch die Bundesanstalt für Straßenwesen ein Schulungsprogramm entwickelt, das die Polizisten in die Lage versetzen wird, unter Rauschgifteinfluß stehende Verkehrsteilnehmer schneller zu erkennen.

Den Vogel schießen jedoch wieder einmal die Grünen ab. Ich rate ihnen, sich einmal die Studie der Universität Düsseldorf aus dem Jahre 1995 zur Hand zu nehmen, in

der bei 177 Blutproben in 84 Prozent der Fälle Rauschgiftkonsum nachgewiesen wurde. Es ist daher skandalös, wenn die Grünen im Bundestag der Meinung sind, die von Drogen im Straßenverkehr ausgehende Gefahr könne vernachlässigt werden.

**Von Roland Sauer,  
Leiter des Gesprächskreises  
„Drogen“ der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion**

Im Gegenteil – 150 Tote und 4 000 Schwerverletzte sprechen eine deutliche Sprache. Dabei geht das Bundeskriminalamt von einer hohen Dunkelziffer nicht entdeckter Drogenfahrten aus und ist der Überzeugung, daß sich 40mal mehr Unfälle unter Drogeneinfluß ereignen, als statistisch erfaßt sind. Verständlicherweise wird der Gesetzentwurf der Bundesregierung daher von der großen Mehrheit der Rechts- und Verkehrsmediziner unterstützt. Der Deutsche Verkehrsgerichtstag in Goslar forderte sogar noch härtere Bestimmungen.

**Fazit:** Die Gesetzesinitiative der Bundesregierung ist völlig gerechtfertigt. Sie setzt ein deutliches Zeichen gegen den Konsum illegaler Drogen und ist ein erster wichtiger Schritt hin zu mehr Verkehrssicherheit auf Deutschlands Straßen.

**Wolfgang Börnsen:** *Es bleibt zu hoffen, daß sich nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes wenigstens einige der zwei bis drei Millionen regelmäßig Suchtmittel konsumierenden Menschen in unserem Land vorsichtiger in ihrem Verkehrsverhalten zeigen. Sie sollten sich auch in Erinnerung rufen, daß viele der Rauschgifte, ob Cannabis oder Kokain, eine Langzeitwirkung aufweisen: 24 Stunden nach deren Genuß ist ihre volle Wirkung noch vorhanden.*

# Hoheitliche Befugnisse oder: Die Aufgaben der Beamten

**Bundesinnenminister Manfred Kanther hat am 3. April das im Auftrag des Bundesinnenministeriums von Prof. Dr. Peter Badura erstellte Gutachten „Reichweite des Funktionsvorbehalts nach Art. 33 Abs. 4 GG unter Berücksichtigung aktueller Privatisierungstendenzen sowie der Auswirkung der europäischen Integration und der Entwicklung in den neuen Ländern“ den Innen- und Finanzministern der Länder übersandt.**

Der renommierte Staatsrechtler der Universität München befaßt sich in dem Gutachten mit der Frage, welche öffentlichen Aufgaben von Verfassungen wegen durch Beamte wahrgenommen werden müssen, d. h. was unter den „hoheitsrechtlichen Befugnissen“ zu verstehen ist, die nach Art. 33 Abs. 4 GG in der Regel Beamten zu übertragen sind. Das Gutachten berücksichtigt auch die Ergebnisse eines Symposiums, an dem Wissenschaftler, Vertreter aus allen Ländern und von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes teilgenommen haben.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Kanther: Gegenwärtig wird eine intensive Diskussion um Notwendigkeit und Umfang des Berufsbeamtentums in unserem demokratischen und sozialen Rechtsstaat geführt. Das von Professor Badura vorgelegte Gutachten leistet zur Klärung der in diesem Zusammenhang zu prüfenden Rechtsfragen einen wichtigen Beitrag.

Wir stehen vor entscheidenden Weichenstellungen, damit eine funktionstüchtige öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben für unser Gemeinwesen auch in Zukunft voll erfüllen kann. Die notwendige Diskussion

aber muß sachlich geführt werden. Dies gilt gerade für die leider allzu häufig undifferenzierte und auch ideologisch motivierte Debatte um das Berufsbeamtentum. Notwendig ist, den Stellenwert des Berufsbeamtentums für die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, für das Gemeinwesen und den einzelnen Bürger auch in unserer modernen Gesellschaft deutlich zu machen. Gerade hier kann das Gutachten zu einem unvoreingenommenen und vorurteilsfreien Dialog beitragen.

Für die Bundesregierung bleibt der verfassungsmäßige Auftrag des Berufsbeamtentums auch künftig unverzichtbar. Notwendig ist aber ein sich innovativ veränderndes Berufsbeamtentum mit dem Ziel, Leistungswillen und Leistungsfähigkeit weiter zu steigern. Auch insoweit nennt das Gutachten wichtige Zielvorgaben.

Gerade im Hinblick auf die anstehenden Beratungen des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Reform des öffentlichen Dienstrechts begrüße ich es, daß wir dieses wissenschaftliche Gutachten jetzt der Öffentlichkeit vorstellen können.

## Wesentliche Ergebnisse des Gutachtens:

- Das Grundgesetz sieht in der besonderen Pflichtbindung und Leistungsfähigkeit der in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehenden Beamten eine rechtsstaatliche Garantie für die gesetzmäßige, effektive und unparteiische Wahrnehmung der Aufgaben öffentlicher Verwaltung.

Entscheidungen und Regelungen, die für die grundrechtliche Gewährleistung der



Freiheit, die sozialstaatliche Teilhabe und den rechtsstaatlichen Vollzug der Gesetze wesentlich sind, bedürfen der speziellen personellen Garantie, die durch den Funktionsvorbehalt für Beamte angestrebt wird und deren Sinn und Bedeutung in der sich wandelnden sozialstaatlichen Demokratie unverändert fortbesteht.

● Die Anforderungen dieser personellen Garantie spiegeln sich in der für die verschiedenen Amtsaufgaben geforderten Ausbildung und den differenzierten beamtenrechtlichen Laufbahnen und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen wider.

Institutionelle Bedingung dieser Garantie ist, daß der Status und die Besoldung der Beamten durch Gesetz und nicht nach den Regeln des kollektiven Arbeitsrechts festgelegt werden. Eine notwendige Folge aus der den Beamten auferlegten Treupflicht ist das Streikverbot, eine zusätzliche Garantie für die nachhaltige Wahrnehmung der vom Funktionsvorbehalt erfaßten öffentlichen Aufgaben.

● Der Ausdruck „hoheitsrechtliche Befugnisse“ kennzeichnet, dem Kernpunkt der Verfassungsnorm zufolge, bestimmte Entscheidungs- und Regelungsaufgaben öffentlicher Verwaltung, nicht bestimmte Mittel oder Rechtsformen des Verwaltungshandelns. Die durch den Funktionsvorbehalt gewährleisteten Entscheidungs- und Regelungsaufgaben sind einem bestimmten amtsbezogenen Wirkungskreis, nicht dagegen global einer Verwaltungsaufgabe oder typisierenden Einteilungen, wie Eingriffs- oder Leistungsverwaltung, zuzuordnen.

● Die in der Regel Beamten vorzuhaltenden Amtsaufgaben sind aus den Erfordernissen des sozialen Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie zu bestimmen. Entscheidungen und Regelungen, die gebietend oder verbietend die Rechte und Freiheiten des einzelnen berühren, müssen kraft des Funktionsvorbehaltes durch die

Amtsverantwortung eines Beamten getragen sein. Der sachliche Bedeutungsgehalt des mit dem Amt verbundenen Aufgabenkreises wird durch die Staatsaufgabe bestimmt, zu deren Erfüllung das Amt besteht.

● Solche Amtsaufgaben für Beamte sind nicht auf die Hoheitsverwaltung beschränkt. Die fördernde, planende, vorsorgende und gestaltende Verwaltung ist für die Rechte und Pflichten des einzelnen, für die durch das Gesetz und seine Ausübung zu gewährleistende soziale Sicherheit und für die infrastrukturellen Voraussetzungen des Wirtschaftswachstums von nicht geringem Gewicht.

Die Linie, das Berufsbeamtentum auf „Kernaufgaben“ staatlichen Wirkens zu beschränken, wird der rechtsstaatlichen und verwaltungsstaatlichen Garantie des Funktionsvorbehaltes nicht gerecht.

● Angesichts des Erziehungsauftrags des Staates (Art. 7 GG, Schulartikel der Landesverfassungen) und der in der Schule stattfindenden grundrechtswesentlichen Entscheidungen über die Bildung und den Berufszugang der Schüler kann die Tätigkeit der Lehrer nicht von vornherein oder durchgehend als primäre pädagogische Dienstleistung aus dem Funktionsvorbehalt ausgegliedert werden. Die in Schule und Unterricht wirksame Staatsaufgabe hat einen kulturstaatlichen und zu einem Teil auch einen sozialstaatlichen Charakter. Der Erziehungs- und Bildungsauftrag ist eine wesentliche Staatstätigkeit, die in der pädagogischen Unterrichtstätigkeit zu verwirklichen ist. Darauf – und nicht auf den regelnden und hoheitlichen Elementen der Schule – beruht der durch Art. 33 Abs. 4 GG im Grundsatz geforderte Beamtenvorbehalt für Lehrer.

● Welche Amtsaufgaben dem Funktionsvorbehalt unterfallen, ist eine Rechtsfrage des Bundesverfassungsgerichts; es bestehen keine prägnanten Spielräume des

Manfred Kanther:

## Keine Demonstranten, sondern Kriminelle, mit denen die Polizei fertig werden müsse

**Angesichts der gewalttätigen Ausschreitungen von Atomkraftgegnern an der Bahnstrecke bei Dannenberg, bei denen das Gleisbett der Bahnanlage ausgehöhlt, Brände gelegt und Feuerwehrlaute tötlich angegriffen wurden, hat Bundesinnenminister Manfred Kanther den Bundesgrenzschutz angewiesen, seine Präsenz an dieser Bahnlinie weiter zu verstärken.**

Diese sogenannten „Demonstranten“ seien Kriminelle, mit denen die Polizei fertig werden müsse. Die Bahnpolizei sei angewiesen, Störer konsequent fernzuhalten und ggf. festzunehmen, auch unter Anwendung unmittel-

baren Zwangs. Von der Möglichkeit des Unterbindungsgewahrsams gegen Rädelsführer sei verstärkt Gebrauch zu machen. So seien in der vergangenen Zeit schwerere Zwischenfälle durch den Bundesgrenzschutz bereits verhindert worden.

Als für den Rechtsstaat „unerträglich“ bezeichnete der Innenminister das Verhalten von Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN und der PDS, die öffentlich zur „Schienendemontage“ aufgerufen hatten. Diese Leute ernten in der Demo-Praxis der Chaoten die Früchte ihres Aufrufs. Die Polizei werde dennoch ihre Pflicht tun.

Ermessens. Die praktische Reichweite des Funktionsvorbehaltes muß jedoch nicht überall gleich sein. Der Aufbau und die Organisation der Verwaltung, die Verteilung von Zuständigkeiten und Verantwortung und damit bis zu einem gewissen Grade der Zuschnitt und die Gestaltung des Aufgabenbereichs sind eine Sache organisatorischer, personalpolitischer und haushaltswirtschaftlicher Gestaltungsfreiheit im Bund und in den Ländern. So sind z. B. im Schulwesen bei der Qualifikation der einzelnen Dienstposten rücksichtlich der mit ihnen verbundenen Unterrichtsaufgaben und Verwaltungsbefugnisse Unterscheidungen möglich.

Ein eigener personal- und haushaltswirtschaftlicher Spielraum ergibt sich im übrigen daraus, daß das Gebot des Funktionsvorbehaltes nur „in der Regel“ gilt.

● Der Funktionsvorbehalt steht Privatisierungstendenzen nicht entgegen; denn er enthält – abgesehen von einem Kern hoheitlich wahrzunehmender Staatsaufgaben – keine Regelung darüber, welche Aufgaben von Verfassungen wegen der staatlichen Gemeinschaft zugewiesen sind.

● Der Funktionsvorbehalt ist insofern ein Auftrag und eine Direktive für die Dienstrechtsreform, als er bestimmte Vorbildung und Leistungsfähigkeit der Beamten voraussetzt. Der Wandel der Verwaltungsaufgaben und der Gegebenheiten, unter denen die Amtsaufgaben erfüllt werden müssen, zwingt deshalb zur Prüfung der Eignungsvoraussetzungen, der Rechtsstellung und der Laufbahnen der Beamten und insgesamt der Ausgestaltung der Institution des Berufsbeamtentums.

# Organtransplantationsgesetz schafft Rechtssicherheit

**Transplantationen von Organen und Geweben gehören heute zum Standard der medizinischen Versorgung. Seit mehr als 25 Jahren wird in Deutschland transplantiert. Organentnahmen werden bisher nach allgemeinen Regeln durchgeführt; eine Zusammenfassung der wichtigsten medizinischen, ethischen und juristischen Grundsätze enthält der „Transplantationskodex“, den sich die deutschen Transplantationszentren geben und zu dessen Einhaltung sie sich verpflichtet haben.**

Warum wird also gerade heute und jetzt ein Organtransplantationsgesetz auf den Weg gebracht? Der wichtigste Grund ist sicherlich, daß die Menschen einen Anspruch auf Rechtssicherheit haben und es unter allen Umständen gelingen muß, die Unsicherheiten zu beseitigen, die z. T. durch negative, falsche, irreführende und Angst machende Darstellungen in den Medien hervorgerufen werden oder hervorgerufen worden sind.

So sind wir Deutschen mittlerweile auf Spenderorgane aus den Nachbarländern angewiesen, in denen die Spendebereitschaft deutlich höher ist als bei uns. Deutschland hat sich zu einem Organ-Import-Land entwickelt, abhängig bisher vom Wohlwollen bzw. der Solidarität der uns umgebenden Länder.

So ist in der Bundesrepublik die Zustimmung zu einer Organentnahme seit 1990 von etwa 90% auf rund 68% im Jahre 1995 zurückgegangen. Die Konsequenz daraus war, daß zum Beispiel 1994 nur noch 1.972 Nieren (gegenüber 2.358 im Jahre 1990) und nur noch 478 Herzen (ge-

genüber 557 im Jahre 1991) transplantiert werden konnten.

Nach Schätzung der Deutschen Stiftung Organtransplantation stehen für die Übertragung von Niere, Leber, Herz und Augenhornhaut nur etwa die Hälfte der benötigten Transplantate zur Verfügung. Daß diese Entwicklung zu Lasten vieler,

## Von Beatrix Philipp, Bericht- erstatteerin der CDU/CSU- Bundestagsfraktion für das Organtransplantationsgesetz

zum Teil schwerkranker Menschen geht, denen geholfen werden könnte, gäbe es rechtzeitig die entsprechenden Organe, ist auch Grund und Ursache für die jetzige Parlamentsinitiative.

Aber nicht jeder Verstorbene eignet sich auch als Organspender. Von den jährlich rund 900.000 Verstorbenen in Deutschland kommen – nach vorsichtiger Schätzung – etwa 5.000 überhaupt als Spender für Niere, Herz, Leber, Lunge, Bauchspeicheldrüse und Darm in Betracht; das sind nur 0,6%!

Geht man davon aus, daß wegen verweigerter Zustimmung, wegen Kreislaufversagens und anderer Gründe ca. 50% für eine Organspende erst gar nicht zur Verfügung stehen, jährlich aber 2.000 Organspender benötigt werden, dann setzt das voraus, daß von ca. 4.000 potentiellen Spendern Mitteilung gemacht wird. Gemeldet wurden 1995 aber nur 2.038, also ungefähr die Hälfte!

Regelungsbedürftig ist auch die Tatsache, daß sich von den 1.363 Krankenhäusern mit Betten für intensiv-medizinische Behandlung leider nur 480 (das sind 35,2%) an der Mitteilung potentieller Organspenden beteiligt haben. Diese Zahl muß erhöht werden. Das bedeutet, es besteht Handlungsbedarf, auch um Menschenleben zu retten und Leiden zu lindern.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 27. April 1995 – also fast genau vor einem Jahr – in einem ersten Gespräch mit den Bundestagsfraktionen von FDP und SPD sowie den Bundesländern sich darauf verständigt, bei diesem wichtigen und sensiblen Thema einen fraktionsübergreifenden Entwurf zu erarbeiten und in die parlamentarischen Beratungen einzubringen.

### **Ziel des Gesetzes ist, die Akzeptanz der Organspende und Organübertragung zu erhöhen.**

Das Gesetz soll die Spende und Entnahme von menschlichen Organen und ihre Übertragung auf andere Menschen regeln. Ferner wird für die Organisation und Durchführung der im Zusammenhang mit der Spende, der Entnahme, der Vermittlung und der Übertragung von Organen erforderlichen Maßnahmen ein rechtlicher Rahmen normiert. Schließlich enthält das Gesetz auch Vorschriften zur Strafbarkeit des Handels mit menschlichen Organen sowie unrechtmäßigen Verhaltens bei der Organentnahme, der Organübertragung und der Verwendung medizinischer Angaben und personenbezogener Daten Beteiligter.

Die nach Landesrecht zuständigen Stellen, die Bundesbehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit und die Krankenkassen werden verpflichtet, die Bevölkerung über die Möglichkeiten und Voraussetzungen der Organspende und die durch Organübertra-

gung mögliche medizinische Hilfe für schwerkranke Menschen aufzuklären, damit auf der Grundlage sachgerechter Information das Verständnis für die Transplantationsmedizin und die Bereitschaft zur Organspende wachsen.

Dem Gesetzentwurf liegt im Grundsatz die „erweiterte Zustimmungslösung“ zugrunde. Vorrangig dabei ist der zu Lebzeiten erklärte Wille des Verstorbenen. Ist keine Erklärung erfolgt, entscheiden die nächsten Angehörigen oder vom Verstorbenen benannte Personen in seinem Sinne.

In allen Zweifelsfällen und in den Fällen, in denen ein nächster Angehöriger nicht vorhanden oder nicht erreichbar ist, darf eine Organentnahme nicht vorgenommen werden. Ebenso ist eine Organentnahme selbstverständlich ausgeschlossen, wenn der Verstorbene zu Lebzeiten einer Organentnahme widersprochen hat.

Die wohl strittigste Frage im Gesetzentwurf ist die des Zeitpunkts der Organentnahme. Die unbegründete und letztlich auch „unvernünftige“ Befürchtung, das Leben des einen Menschen könnte zur Rettung des anderen geopfert werden, läßt sich nicht allein mit Verstandesgründen, sondern zuletzt nur durch völlige Transparenz aller mit der Organtransplantation verbundenen Vorgängen zerstreuen. Die Bedeutung des völligen und endgültigen, d. h. irreversiblen Hirnausfalls als Todeskriterium ergibt sich aus der Bedeutung des Gehirns für den Menschen als Lebewesen. Dieses liegt auch dem Gesetzentwurf zugrunde.

Die Feststellung des Hirntodes erfolgt nach klaren Kriterien, die dem Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechen, durch zwei Ärzte, die sowohl von den transplantierenden Ärzten unabhängig als auch besonders dafür ausgebildet sind. Sie müssen die Untersuchungen unabhängig voneinander ausführen und sie dokumentieren.

## Generalsekretär Peter Hintze: Die Würde des menschlichen Lebens ist unteilbar

„Zur Woche für das Leben“ der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 4. bis 10. Mai erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU dankt der Evangelischen und Katholischen Kirche für die bewußtseinschärfende Wirkung, die mit der „Woche für das Leben“ verbunden ist. Wir wissen uns mit den christlichen Kirchen darin einig, daß die Würde des menschlichen Lebens unteilbar ist. Gerade auch der sterbende Mensch hat einen Anspruch darauf, die letzte Phase seines Lebens in Geborgenheit – und dort, wo es notwendig ist, in guter medizinischer Versorgung – zu erfahren. Wir dürfen nicht zulassen, daß das Wissen um das Sterben gesellschaftlich verdrängt und Menschen im Sterben aus unserem

Sichtfeld abgeschoben werden. Der Umgang mit dem Sterben lehrt auch etwas über das Verständnis vom Leben. Diese Erkenntnis muß auch in Bildung und Erziehung wieder eine größere Rolle spielen. An der Todesgrenze stehen wir nicht selten vor einem ethischen Dilemma. So stellt sich etwa bei der Transplantationsmedizin die Abwägungsfrage zwischen der lebensrettenden Wirkung der Organspende einerseits und dem Recht auf ein ruhiges Sterben auch nach dem Ausfall der meßbaren Hirnfunktion andererseits. Wir werden diesem ethischen Problem bei der weiteren Ausgestaltung des Transplantationsgesetzes Rechnung tragen. Die CDU wird ihren Abgeordneten die Abstimmung in dieser wichtigen Gewissensfrage freistellen.

Die Angehörigen werden das Recht haben, unter Hinzuziehung einer sachverständigen Vertrauensperson, Einsicht in diese Dokumentation zu nehmen. Der irreversible, endgültige Ausfall der gesamten Hirnfunktion soll als Zeitpunkt der Todesfeststellung gelten, im übrigen auch der Zeitpunkt, in dem auf Intensivstationen heute die Geräte abgeschaltet werden, unabhängig davon, ob es sich um einen Organspender handelt oder nicht.

Das Gesetz wird auch die Organentnahme bei Lebenden regeln und dabei ausgesprochen enge Kriterien für die Zulassung beinhalten.

Um jegliche Form der Kommerzialisierung mit Lebendspenden zu verhindern, ist die Entnahme von Organen einer lebenden Person demnächst nur zulässig, wenn

- kein geeignetes Organ eines Verstorbenen zur Verfügung steht;
- der Spender volljährig und einwilligungsfähig ist;
- es sich um Verwandte ersten und zweiten Grades, Ehegatten, Verlobte oder andere Personen handelt, die sich in besonderer Weise in persönlicher oder sittlicher Verbundenheit offenkundig nahestehen;
- geprüft ist, daß die Organspende freiwillig, ohne psychischen Druck, z. B. von Familienangehörigen, erfolgt ist.

Minderjährige und Personen, die wegen einer Behinderung nicht einwilligungsfähig sind, werden als Organspender ausgeschlossen.

## „Schulen ans Netz“

**Die Deutsche TELEKOM AG und das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) haben Mitte April die Initiative „Schulen ans Netz“ gestartet.**

Schon jetzt liegen Anfragen von 1.800 Schulen vor. Das ist ein deutliches Signal: Die Schulen wollen den Schritt in die Informationsgesellschaft tun. Sie wollen ihn jetzt tun. Und wir wollen ihnen dabei helfen.

Der Leitgedanke der Initiative ist es, möglichst vielen jungen Menschen während ihrer Pflichtschulzeit Gelegenheit zu geben, Kompetenz in der Nutzung vernetzter Informationssysteme zu erwerben: Multimedia als Bereicherung statt Berieselung.

Nach dem derzeitigen Konzept sollen die staatlichen und staatlich anerkannten Grundschulen, die allgemeinbildenden Schulen im Sekundarbereich und die Berufsschulen antragsberechtigt sein. Gleiches gilt für die Landeseinrichtungen der Lehrerfortbildung. Und schließlich sollen auch länderinterne und länderübergreifende Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden.

Formalitäten sind den ausliegenden Unterlagen zu entnehmen. Anträge der Schulen, die bis zum 15. Juni eingehen, können bis Ende Juli begutachtet und beschieden werden. Die Schulen könnten dann bereits in den Sommerferien mit den notwendigen technischen Vorkehrungen und Installationen beginnen. Die ersten Einrichtungen könnten gleich nach den Ferien mit der Arbeit beginnen.

Das BMBF leistet umfangreiche eigene Beiträge zur Umsetzung der Initiative:

- Wir schaffen für 10.000 Schulen die Möglichkeit, das Wissenschaftsnetz des DFN-Vereins Deutsches Forschungsnetz über ISDN-Wählanschlüsse bis Mitte 1998 unentgeltlich zu nutzen.

- Wir werden die Zahl der Einwählpunkte in das Wissenschaftsnetz so weit erhöhen, daß der Zugang für die Schulen ganz überwiegend zum Orts- und Nahtarif möglich ist.

### Von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers

- Wir bauen das Wissenschaftsnetz mit einer Sonderfinanzierung des Bundes zu einem Hochleistungs-Breitbandnetz aus. Dann können 10.000 und auch noch weit aus mehr Schulen Anschluß finden, ohne daß es Datenstaus gibt. – Andere reden von Datenautobahnen, wir haben sie.

- Wir werden einen deutschen Bildungsserver einrichten, den die Schulen als Informations- und Kommunikationsplattform und als Wegweiser durch die Netzlandschaft nutzen können. Damit entsprechen wir auch einem Petikum des „Bundesarbeitskreises Netze in Schulen“, in dem die Experten aus den Ländern zusammengeschlossen sind.

- Für Maßnahmen, mit denen die Länder durch übergreifende Modellversuche die Initiative „Schulen ans Netz“ ergänzen wollen, halten wir die entsprechenden Komplementärmittel des Bundes bevorzugt bereit. Eigene Länderinitiativen sind keine Konkurrenzveranstaltungen, sondern sinnvolle subsidiäre Ergänzungen für

ein gemeinsames Ziel. – Wir setzen auf das Engagement der Länder, und wir streben enge Kooperationen an.

● Wir werden (ab 1997) die Kosten für Schulungskurse zur Recherche im Bereich der wissenschaftlich-technischen Fachinformation übernehmen. Diese Förderung richtet sich an das Lehrpersonal, aber auch an besonders engagierte Schülerinnen und Schüler.

● Wir lassen die gesamte Initiative wissenschaftlich begleiten und auswerten, damit Schulen, Bildungspolitik und Wirtschaft effektive Schlüsse aus der Maßnahme ziehen und Folgeaktivitäten optimal planen können. – Denn diese Initiative wird nur der erste Schritt in die informationstechnische Zukunft der Schulen sein.

## 23 Mio. Mark bereitgestellt

Insgesamt wird das BMBF in den nächsten Jahren rund 23 Millionen DM für die Initiative „Schulen ans Netz“ bereitstellen. Damit geben wir der Maßnahme in schwieriger Haushaltslage eine klare Priorität.

Die Initiative „Schulen ans Netz“ von BMBF und TELEKOM hat einen gedanklichen Vorläufer. Vor einem Jahr hat die Gesellschaft für Informatik unter Leitung von Professor Dr. Rainer Busch eine gleichnamige Studie veröffentlicht. Ich möchte Herrn Professor Busch für seinen Einsatz danken.

Ihm und anderen ist außerdem zu verdanken, daß bereits etliche weitere Sponsoren für die Initiative gewonnen werden konnten. Dies sind die Firmen oder Institutionen AVM Computersysteme Vertriebs GmbH, Bay Networks Deutschland GmbH, Bertelsmann mit America Online, „ct-Magazin für Computertechnik“, FernUniversität Hagen, GMD-Forschungszentrum Informationstechnik

GmbH, INTERSOLV GmbH, Novell GmbH, ORACLE Deutschland GmbH, Sun Microsystems GmbH und die Schulbuchverlage Cornelsen, Klett, Schroedel und Westermann.

Die von BMBF und TELEKOM auf drei Jahre geplante Initiative „Schulen ans Netz“ ist offen für jeden, der zum Gelingen der Initiative beitragen will.

Für die bundesweite Organisation, Koordinierung und Verwaltung der Mittel und Dienstleistungen der Initiative wird ein Verein gegründet, an dem neben den beiden Initiatoren Vertreter der Länder, der Geräte- und Softwarehersteller beteiligt sind.

Der Verein ist gemeinnützig und kann Spendenquittungen ausstellen. Die Leistungen der Spender werden durch kontinuierliche Pressearbeit des Vereins öffentlich gemacht.

Eine zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle wird den geförderten Projekten für die Dauer der Laufzeit in pädagogischen und technischen Fragen beratend und helfend zur Seite stehen. Sie wird die Mittelverteilung bedarfsgerecht steuern und die Verwendung nachweisen. Sie wird allen Beteiligten und allen Interessierten als zentraler Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

## Zeitgemäßer Unterricht

Ich denke, wir haben beste Voraussetzungen geschaffen, damit die Initiative „Schulen ans Netz“ ein Erfolg wird. Den Schülerinnen und Schülern in Deutschland kann ein interessanter und zeitgemäßer Unterricht geboten werden, der ihnen die Faszination moderner Informationstechnik in voller Breite vermittelt. Sie erhalten die Chance, kritische und kreative Bürger der Informationsgesellschaft zu werden. ■

# Frauen-Union: Blick in die Arbeitswelt der Zukunft

**Die Gestaltung unserer Zukunft ist für viele Menschen eng mit den Fragen verbunden, wie die Arbeitswelt unserer Zukunft aussehen wird, und ob es gelingt, durch gezielte und übergreifende Maßnahmen neue Arbeitsplätze zu schaffen und bereits bestehende Arbeitsplätze zu sichern.**

Bei einer Arbeitslosigkeit von 9,6 Prozent in den alten Bundesländern und 17,5 Prozent in den neuen Bundesländern scheint es schwer, Antworten auf diese Fragen zu finden und hoffnungsvoll in die Arbeitswelt der Zukunft zu blicken.

Die Frauen-Union der CDU hat in ihrer Veranstaltung „Zukunft der Arbeit. Konzepte von Frauen. Chancen für Frauen“, die am 13. April stattfand, den Versuch unternommen, in die Arbeitswelt der Zukunft zu blicken und im gemeinsamen Gespräch mit Expertinnen aus unterschiedlichen Fachgebieten Probleme der gegenwärtigen Arbeitswelt und Chancen einer Arbeitswelt der Zukunft aufzuzeigen, sie kontrovers zu diskutieren und Lösungsansätze zu entwickeln.

Bereits das Einführungsreferat von Prof. Dr. **Rita Süßmuth**, Bundesvorsitzende der Frauen-Union, zeigte deutlich, daß Arbeitslosigkeit zwar Frauen und Männer gleichermaßen betrifft, daß aber Frauen durch eine Vielzahl von Aspekten, die ihre spezifische Berufssituation und ihre persönliche Lebenssituation betreffen, häufig vor andere Probleme der Arbeitswelt gestellt sind als Männer.

Technologische Revolutionen in den Bereichen der Biotechnik und der Mikroelek-

tronik, aber auch neue Entwicklungen wie die vielfältigen Multimediaangebote und die Datenvernetzung stellen Entwicklungspotentiale dar, die Frauen mitgestalten und entwickeln müssen. Technische Kommunikation darf die persönliche Kommunikation nicht ersetzen, aber sie stellt, wenn sie verantwortungsvoll genutzt wird, eine sinnvolle Erweiterung von

*„Auf die jetzt anstehenden Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Es gibt auch keine schnellen Lösungen, aber es gibt sehr viel Anpackenswertes!“*

**Rita Süßmuth auf der Fachtagung „Zukunft der Arbeit“ am 13. April in Bonn**

Kommunikationsmöglichkeiten dar und kann zu neuen Arbeitsplatzangeboten führen, wie das Beispiel der Telearbeit zeigt.

In der Expertinnenrunde, moderiert durch **Annelore Chaberny**, Beauftragte für Frauenbelange der Bundesanstalt für Arbeit, wurden nicht allein durch Referate, sondern auch durch die intensive Diskussion mit den Teilnehmerinnen der Fachtagung die unterschiedlichen Facetten des Themas „Zukunft der Arbeit“ beleuchtet.

Das Impulsreferat von Dr. **Regina Görner**, DGB-Bundesvorstand/CDA-Bundesvorstand, eröffnete das Spektrum der Beschäftigungspolitik als eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringen muß.

Von Unternehmerinnenseite beleuchtete **Mechthild Löhr**, Präsidentin des Bundes-



verbandes Katholischer Unternehmer, Köln, die Zukunft der Arbeit. Sie ging in ihrem Beitrag nicht alleine auf den gesellschaftlichen und individuellen Stellenwert der Arbeit in unserer Gesellschaft ein, sondern u. a. auch auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes der Zukunft.

**Claudia Nolte**, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte in ihrem Referat die Wichtigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen als das „A und O“ für die Stabilität des Arbeitsmarktes. High-Tech-Berufe und der hochqualifizierte Dienstleistungsbereich seien neue elementare Beschäftigungschancen der Zukunft.

Auch **Irmgard Jalowy**, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, und **Christa Thoben**, Staatssekretärin im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, stellten sich den Fragen der Tagungsteilnehmerinnen. Während Irmgard Jalowy die Dringlichkeit der Grundlagenarbeit für die Neugestaltung des Arbeitsmarktes betonte, nahm Christa Thoben in ihrem Referat das Thema „Familienfreundlicher Betrieb“ auf.

Drei wichtige Säulen einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik: eine bessere Verteilung der Arbeit, die Neuschaffung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft und die Stärkung von Existenzgründungen skizzierte Dr. **Gisela Meister-Scheufelen**, Präsidentin des Lan-

desgewerbeamt Baden-Württemberg und Landtagsabgeordnete Baden-Württemberg.

Auch der Blick in die Unternehmenspraxis fehlte nicht: Die speziellen Probleme des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern wurden von **Elke Holzapfel**, Betriebsratsvorsitzende der Landschaftsbau GmbH in Mühlhausen, mit Praxisbeispielen verdeutlicht. Dr. **Petra Bratzke**, DGB-Landesbezirk Sachsen-Anhalt, Magdeburg, konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf die für das „Bündnis für Arbeit“ notwendige Grundlagenarbeit, ohne die keine kompetenten Zukunftslösungen gefunden werden kann.

## Gleichberechtigung als Instrument des Handelns

Die Lösung der Arbeitsmarktprobleme der Zukunft ist vom Umdenken aller Menschen abhängig. Die Probleme unseres Arbeitsmarktes können aus Sicht der Frauen-Union nur dann gelöst werden, wenn der Gedanke der Gleichberechtigung zu einem Instrument des Handelns aller Verantwortlichen wird.

**Eine Dokumentation der Fachtagung „Die Zukunft der Arbeit“ finden Sie in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift der Frauen-Union der CDU: „Frau und Politik“.**

## Frischlufft im Internet

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft ist jetzt auch im Internet mit einer eigenen Home-Page vertreten. Die Adresse lautet:

**<http://members.aol.com/frischluft>**

Neben Informationen über den Verband ist unter anderem das aktuelle Jahresprogramm von Frischluft im Internet vorhanden. Über die E-mail-Adresse können direkt Nachrichten an Frischluft übermittelt werden. So wird die Kommunikation zwischen dem Verband sowie den Mitgliedern und Interessierten noch schneller.

## Bürgermeister Ulrich Nölle:

### Vom ersten Tag an als Feuerwehr aktiv

**Als „Chance für einen Neubeginn“ hat der Bremer Finanzsenator, Bürgermeister Ulrich Nölle (CDU), die Eröffnung des Konkurses der Bremer Vulkan AG bezeichnet.**

Dieser sei aufgrund „eines bedenklichen Einflusses der Politik in der Vergangenheit“ und von verpaßten Strukturanpassungen unvermeidlich gewesen. „Wir waren vom ersten Tag an als Feuerwehr aktiv“, kennzeichnete Nölle die CDU-Rolle seit Eintritt in die Landesregierung im Sommer 1995.

Die während der dreimonatigen Vergleichsfrist gesicherten Aufträge stellen die Basis für die Erarbeitung von Zukunftskonzepten dar. Die Landesregierung werde daran auch weiterhin flankierend mitwirken und setze volles Vertrauen in die Kraft von Konkursverwaltern, Geschäftsführungen und Arbeitnehmerschaft. Deren Ziel müsse es sein, Auffanglösungen zu entwickeln und trotz der schwierigen Lage die im Bau befindlichen Schiffe

fertigzustellen. Ihre termin- und vertragsgerechte Ablieferung werde die Leistungsfähigkeit und den Zukunftswillen der Schiffbauer in Bremen und Bremerhaven deutlich machen.

Die jetzt gefundene Lösung für eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mit struktureller Kurzarbeit und konzerninternem Verleih von Arbeitskräften sei erst durch Unterstützung aus Bonn möglich geworden. Sie bedeute das derzeit erreichbare Höchstmaß an Absicherung für die Beschäftigten.

„Der Markt wird letztlich darüber entscheiden, welche Zukunftschancen die Werften an der Unterweser haben werden und wieviel Arbeitsplätze im Schiffbau erhalten bleiben“, so der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende. Dreh- und Angelpunkt sei dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Diese sei auch die Voraussetzung für Interesse bei industriellen Partnern.

## Kabinett in Stuttgart deutlich verkleinert

**Dreißig Jahre nach dem Scheitern des letzten schwarz-gelben Bündnisses in Baden-Württemberg haben sich CDU und FDP wieder auf die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung geeinigt. Ministerpräsident Erwin Teufel und FDP-Landesvorsitzender Walter Döring erläuterten die Koalitionsvereinbarung.**

„Absolut vorrangiges Ziel“ der Landespolitik ist nach den Worten des Ministerpräsidenten die Schaffung von Arbeitsplät-

zen. Um konjunkturell bedingte Einnahmeverluste im Landeshaushalt durch Einsparungen und nicht durch Kreditaufnahme auszugleichen, will die neue Landesregierung Personal abbauen und generell staatliches Handeln vereinfachen bzw. reduzieren. Zu dieser Reduzierung gehört die Verkleinerung des Landeskabinetts, das heißt die Auflösung von drei Ressorts, die es noch in der letzten Legislaturperiode gab.

# Mehr Wachstum und Beschäftigung

Unsere Welt ändert sich dramatisch. Neue Kräfte entstehen, neue Möglichkeiten werden erschlossen, neue Chancen werden sichtbar. Deutschland muss sich besser positionieren. Wir müssen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, mit modernen und hochproduktiven Unternehmen und neuen Schaffern und neuen Strukturen. Wenn man die Lage in den anderen Ländern vergleicht, wird deutlich, dass wir die Struktur der Wirtschaft nicht mehr an den Anforderungen der globalen Wirtschaft anpassen können. Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die Beschäftigung zu sichern.

# Für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung Wir müssen handeln

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe in Deutschland. Über vier Millionen Deutsche sind heute arbeitslos, wovon zwei Millionen in Ostdeutschland leben. Die Beschäftigung muss sich erhöhen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Dies erfordert ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung.

# Die Flugblätter

## Arbeitsrecht und Arbeitsförderung flexibel gestalten

Wir müssen die Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland erkennen. Dies erfordert in Maßnahmen einbezogen, Leistungsanbruch wird gefördert, um die Beschäftigung zu sichern.

## Steuerpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung

Unser Ziel ist es, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen wieder gesamt. Die Kommunen erhalten einen neuen Ausgleich durch die Beibehaltung der kommunalen Finanzen.

## Die Fundamente unseres Sozialstaats dauerhaft sichern

Steuern und Abgaben der Arbeitslosigkeit: Das ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Innenpolitik. Mit diesen Kurskorrekturen müssen wir die Fundamente unseres Sozialstaats dauerhaft sichern.

## Zukunftsfähige Sozialversicherungen Geringe Abgaben - Sichere Leistungen

Der Standort Deutschland muss sich in einem immer härteren werdenden Wettbewerb behaupten. Deutsche Produkte verkaufen sich aber nicht mehr auf dem Weltmarkt. Dies erfordert eine Reform der Sozialversicherungen.

## Europa macht sich fit für die Zukunft Deutschland muß mitmachen

Die Bundesregierung hat ein Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschlossen, das Investitionen fördern soll, die wirtschaftliche Dynamik stärken und Beschäftigungsmöglichkeiten erhöhen soll. Das ist kein leichter Weg, er erfordert Umstände und Veränderungen in vielen Bereichen. Aber diese umfassende Reform ist notwendig, damit bei uns neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen und damit wir unsere sozialen Sicherungssysteme auf hohem Niveau aufrechterhalten können. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Deutschland muß flexibler, wettbewerbsfähiger und moderner werden, wenn wir mit der internationalen Konkurrenz Schritt halten wollen. Deutschland steht dabei nicht allein, in ganz Europa wird über ähnliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaft und über Reformen im Sozialbereich diskutiert. Dabei sind zum Teil weit geführte Maßnahmen getroffen worden, die sie bei uns vorsehen sind. Zum Beispiel Schweden

## Offensive für unternehmerische Selbständigkeit

Wir müssen den Wagemut von Existenzgründern fördern. Beispiele sind das Anreizkapitalförderprogramm, die Anspardarbeschaffung und die Mobilisierung von 100 Millionen DM über das Programm „Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen“. Jetzt werden wir: ● die Unternehmensneufurmen mittelständischen Fortsetzen, ● die Anspardarbeschaffung für bewegliche Anlagengüter, zum Beispiel Maschinen, verbessern, ● kleineren und mittleren Unternehmen den Zugang zum Kapitalmarkt und zu Wagnis-Beteiligungskapital erleichtern. Zudem unterstützen wir die Aktivitäten der Wirtschaft zur Schaffung einer europäischen Risikokapitalbörse. Bundeskanzler Helmut Kohl: »Wir brauchen neue Betriebe. Wir brauchen Unternehmen, die sich etwas zutrauen, die Ideen haben und Arbeitsplätze schaffen. Mit einem Wort: Wir brauchen eine neue Kultur der Selbstständigkeit in unserem Land. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für eine Veränderung.«

Mu...  
Die...  
Wen...  
Mehr...  
Denn...  
hat...  
den...  
● Wer...  
Mu...

Mu...  
Der...  
Wen...  
Mehr...  
Denn...  
hat...  
den...  
● Wer...  
Mu...

**FÜR MEHR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG** **CDU**

◀ Das Argumentations-Programm-Set  
Die Diskette ▶ mit Programmtext und Erläuterungen.

**FÜR MEHR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG** **CDU**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

# Mut zur Veränderung sichert Zukunft

FÜR MEHR  
WACHSTUM UND  
BESCHÄFTIGUNG **CDU**

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

# UiD

14/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb:  
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~von~~ Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.